

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis vierteljährlich 6000 M.
Einzelnnummer 600 M. (nur gegen Voreinsendung des Betrages)

Verantwortlicher Schriftleiter Frh. Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachamt Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen

Denken und Handeln!

5. Kann die Arbeiterschaft Staat und Wirtschaft leiten?

F. K. Die Kapitalistenklasse hat wohl durch Mißlungspolitik, größtmöglichen Gewinn und imperialistische Beutekunst das blutige Handgemessene von 1914 verursacht, die Arbeiterklasse aber mußte die Opfer an Gut und Blut dafür bringen.

Die Kapitalistenklasse hat wohl durch Hintertreiben der Erfüllungspolitik und andere Fehler den Ruhrkrieg heraufbeschworen, die Arbeiterklasse aber muß den passiven Widerstand leisten.

Die Kapitalistenklasse hat wohl durch Spekulation auf Marktwirtschaft, Verschlebung von Waren und Devisen, Preiswucher und Steuerbetrug das unfähige Elend hervorgerufen und verstärkt, seine Veseitigung aber ist nach allgemeiner Ansicht nur durch die „Wehrpflicht der Arbeiterschaft“ möglich.

Die Kapitalistenklasse gefährdet durch geblühte und sonstige Unterstützung der Separatisten und gleichwertiger Vanden den inneren Frieden Deutschlands und dessen Einheit, und wäre nicht die Arbeiterklasse, das Reich hätte sich längst in seine Bestandteile aufgelöst.

Wohin vermag wohl die Kapitalistenklasse äußere und innere Konflikte herbeizuführen, das Volk in namenloses Elend zu stürzen, den Staat bankrott zu machen und sein Bestehen zu gefährden, die Arbeiterklasse aber hat all die Sünden wieder gutzumachen. Wenn nun die Arbeiterklasse gut genug ist, das vielgestaltige Übel, das die Kapitalistenklasse anrichtet, zu heilen, sollte sie, die Arbeiterklasse, nicht auch gut genug sein, den Staat und die Wirtschaft zu leiten? Man sollte meinen, daß sie das wäre. Denn wenn sie zur Lösung der viel schwierigeren Aufgabe, den Karren aus dem Dreck zu ziehen, unerlässlich gehalten wird und ist, dann dürfte sie sicherlich auch in den leichteren Aufgaben zu erfüllen, nämlich die den Führern zu lenken. Allein, so selbstverständlich Minister, Politiker und Unternehmer es halten, daß ohne die Arbeiterklasse keine Ullsicht ist, aus dem Sumpf herauszukommen, so nachdrücklich beschreiben sie, daß die Arbeiterklasse Staat und Wirtschaft regieren könne und müsse.

Warum sollte die Arbeiterklasse nicht auch die leichtere Aufgabe erfüllen können und dürfen? Zum ersten, erwidern die Politiker und ihre Besinnungsverwandten, habe sie nicht die Mehrheit, zum andern verfüge sie nicht über die nötigen Kenntnisse für Staats- und Wirtschaftsführung, zum dritten müsse der Einzelunternehmer erhalten, dürfe seine Handlungsfreiheit nicht beeinträchtigt, sein Recht auf Profit nicht angegriffen werden, weil seine Erhaltung, seine Freiheit und sein Profitrecht Wettbewerbs- und Unternehmungsgrundlage sei, was beides für die Verbilligung der Produktion und ihre Vermehrung unerlässlich sei.

Die Arbeiterklasse habe nicht die Mehrheit? Das mag vom parlamentarischen Zahlenstandpunkt zutreffen, aber daß sie die überwältigende Mehrheit des Volkes bildet, kann niemand bestreiten. Jedenfalls ist ihr zahlenmäßiges Anrecht auf die Regierung fest begründet als beispielsweise das der Junkerklasse, die jahrhundertlang allein herrschte, oder das der Regierung Cuno, die sich nur auf eine Minderheit stützte. Dann soll die Arbeiterklasse der Kenntnis und Erfahrungen für die Kunst des Regierens ermangeln. Dieser Einwand übertrifft den ersten noch an Wurmsichtigkeit. Man mußte die Ministerkabinette, die seit Bismarck den deutschen Boden belasteten, als auch die Leute, die seit 1918 aus bürgerlichen Parteien in Regierungsjesell gekommen sind. Das bishen Grübe der wilhelminischen Minister langte gerade, den Fortschritt zu hemmen und in die Katastrophe von 1914 hineinzuführen. Und was die bürgerlichen Minister an Gedankensfülle und staatsmännlicher Fähigkeit haben sehen lassen, ist wahrlich nicht erheben. Von zwei oder drei Ausnahmen abgesehen, konnten sie den Nullen der kaiserlichen Zeit gleich. Mit ihnen können es die Vertreter der Arbeiterklasse getrost aufnehmen.

Seit 1918 sind zahlreiche einfache Arbeiter in hohe und höchste Staats- und Gemeindefstellungen gekommen. Hiesuch sind sie in die schwersten Posten gedrängt worden, wohl in der stillen Hoffnung, daß sie versagen würden. Die Erwartung ist so ziemlich unsonst gewesen. Man kann über die Tätigkeit der proletarischen Minister, Polizeipräsidenten, Landräte, Regierungspräsidenten und Bürgermeister denken wie man will, das eine kann nicht bestritten werden, daß sie sich nahezu allen ihren bürgerlichen und junkerlichen Amtsvorgängern ebenbürtig, nein weit überlegen zeigen. Und diese simplen Arbeiter beweisen ihre Überlegenheit bei einer Aufgabe, wofür sie nirgendwo sich schulen oder praktische Erfahrungen sammeln konnten, und sie zeigen sie zu einer Zeit, die von inneren und äußeren Erschütterungen durchdringt ist. Überdies haben sie mit dem tätigen und stillen Widerstand ihrer bürgerlichen Amtsvorgänger und der alten Bürokratie zu rechnen. Sie haben ihre Fähigkeit trotz zahlreicher beispielloser Hemmungen bewiesen, während man bei ihren Vorgängern schon das Lobes voll war, wenn sie keine allzu große Dummheiten machten. Nur in einem können es diese proletarischen Minister und andere Beamten mit ihren Amtsvorgängern von „Bildung und Weisheit“ nicht aufnehmen, nämlich in Einbildung und Anmaßung. Den Arbeitern fehlt nur gar zu oft das Bewußtsein ihrer Fähigkeit, wie auch an Kühnheit im Auftreten gegen bürgerliches und junkerliches Unvermögen, was sehr zu beklagen ist. Denn Bescheidenheit und Zughaltigkeit ist wahrlich vom Übel einer Politikanten- schicht gegenüber, deren staatsmännische oder politische Unfähigkeit

teht an den Missetänden von früher wie an dem Unheil von heute leicht zu erkennen sind.

Da auf Grund einer fünfjährigen Erfahrung die Eignung der Arbeiter zu staatlichem und politischem Dienst (schlechthin doch nicht mehr gut zu bestreiten ist, geht der Troß von Politikanten und Unternehmern mit der Behauptung hafteren, bestimmt aber seien die Arbeiter zur Wirtschaftsleitung unfähig. In dessen ist auch für diese Behauptung noch kein Beweis erbracht, wohl aber für ihr Gegenteil. Die zahlreichen Genossenschaften, Gewerkschaften und Versicherungen werden durch die Bank von Arbeitern geleitet. Daß sie in Organisation, Anpassungsfähigkeit und Ertragsfähigkeit den privatkapitalistischen Unternehmen irgendwie nachstünden, wird ernstlich niemand vorgeben. Die Masse der Velter und Beamten dieser Einrichtungen arbeiten für hohen Lohn. Obwohl sie also nicht durch Geldgewinn angereizt werden, verrichten sie ihr Werk mit einem Eifer und einer Ergebenheit, die für die meisten der Privatunternehmer vorbildlich sein können. Die Behauptung, daß nur der Privatunternehmer, und zwar, weil ihm der Geschäftsgewinn zuziehe, zu höchsten Leistungen imstande sei, wird durch die Erfahrung als Mär bargetan.

Durch die Erhaltung des Privatunternehmers soll nun aber der freie Wettbewerb und dadurch eine ebenso reiche wie billige Produktion verbürgt werden. Wir haben heute noch das private Unternehmertum allerwärts, von Vorzügen, wie den genannten, ist indes nirgends mehr etwas zu spüren. Freier Wettbewerb, Niederhaltung der Preise, Billigkeit der Waren bestehen nur noch in der Phantasie. Heute bestimmen Kartell und Händlervereinigung willkürlich die Preise. Ob man zum Dorfsträmer oder ins großstädtische Warenhaus kommt, allerwärts wird nach der gleichen Preisliste verkauft. Monopolpreise allenthalben. So wenig wie der Kleinverbraucher, spürt der Großverbraucher etwas von den Wohltaun des freien Wettbewerbs. Der eine wie der andere hat die unerschönten Preise wortlos zu entrichten, andernfalls er sehen kann, wo er seinen Bedarf bezieht. Der freie Wettbewerb als preisbrückende Kraft ist verschwunden, an seine Stelle sind Kartell und Händlervereinigung als preissteigernde Kraft getreten. Noch auf den Einwand einzugehen, daß der Privatunternehmer am besten die Bedürfnisse des Marktes erkennen und sie befriedigen könne, machen die trostlosen Zustände unseres Warenmarktes überflüssig.

Der in seiner Schlimmheit nicht mehr steigerungsfähige Zustand unserer Warenzeugung und -Verförgung spricht der privatkapitalistischen Produktion das Todesurteil. Unser Mangel an Bedarfsmitteln wie deren Überzeugung sind der unwiderlegbare Beweis von der produktiven und organisatorischen Unfähigkeit des kapitalistischen Unternehmers. Eine Besserung ist nach einseitigem Urteil ohne die tätige Mithilfe der Arbeiterschaft platterdings unmöglich. Wenn dem so ist, und niemand bestreitet es, dann ist nicht einzusehen, warum die Arbeiterschaft beim Wiederaufbau der Wirtschaft die Meilast eines profitgierigen und unfähigen Unternehmers tragen soll. Es hat keine Überflüssigkeit, nein Schädlichkeit so hinlänglich bewiesen, daß seine Ausschaltung die Voraussetzung des Gelingens der wirtschaftlichen Erneuerung ist. So gut wie die Arbeiterschaft tüchtige Kräfte in reicher Zahl für den ihr ganz fremden Gemeinde- und Staatsdienst hervorbrachte hat, wird sie sicher auch für den Wirtschaftsbetrieb zu stellen vermögen, ginnal sie mit diesem von Beruf vertraut ist.

Zuweilen mag es einem manchmal scheinen, als ob selbst in der Arbeiterschaft an ihrer Fähigkeit zur Wirtschaftsleitung gemittelt würde. Die Zweifel wurden vor vier Jahren, als die Sozialisierung in öffentlicher Rede stand, von sozialistenden Altherren angelegentlich gepflegt. Die Kleinmütigkeit hat sich bitter gerächt. Wäre damals die Urproduktion, sagen wir nur des Ruhrgebietes, sozialisiert worden, der Preiswucher in Kohle und Eisen, die Brandschagung der Staatskasse, die Überverteilung der Verbraucher als auch die Willkürherrschaft für die reaktionären Vanden wären in dem erlebten Maße ganz unmöglich gewesen und das Ruhrabenteuer hätte mit einer bis zur Gemüht gebenden Wehrschichtlichkeit verhalten werden können. Selbst wenn der Träger der sozialistischen Wirtschaft, der Arbeiterklasse, schwere Fehler unterlaufen wären, eine Zerrüttung unserer Wirtschaft und eine Ausraubung der Verbraucher, wie wir sie erleben, hätte es ganz bestimmt nicht gegeben. Worin die wirtschaftsorganisatorische Überlegenheit der Kapitalistenklasse eigentlich bestehen soll, heißt einem der Anblick des heutigen Zustandes immer wieder fragen. Es kommt nur auf einen Verlust an. Er wird, des sind wir überzeugt, mehr wirtschaftsorganisatorisches Geschick der Arbeiterklasse offenbaren, als bislang selbst die Kolligierher anzunehmen wagten, wozu sich als ein weiterer Vorteil für Staat und Verbraucherschaft eine Hinlage an das Gemeinwohl mit Begeisterung und Fleiß fügen wird.

Wie gesagt, auf den Versuch kommt es an. Um sein Gelingen ist uns nicht dange. Er wird, wie in der öffentlichen Verwaltung, so auch in der Wirtschaftsleitung zum Segen des Volksganges ausschlagen. An der erforderlichen Fähigkeit fehlt es der Arbeiterklasse sicherlich nicht. An was es ihr aber noch in hohem Maße gebricht, das ist Kühnheit, Wagemut, Bewußtsein des eigenen Könnens. Vor allem mehr Kühnheit. Und mehr von der Überzeugung, daß die Arbeiterklasse berufen und sicher befähigt ist, die neue Wirtschaftsordnung zu schaffen.

Schluß mit dem Ruhrabenteuer!

Die Besetzung des Ruhrgebietes hat dem ohnehin schwertranken deutschen Wirtschaftsleben den Todesstoß versetzt. Es war ein Dolchstoß in das Herz Deutschlands, als die Belgier und Franzosen in das Ruhrgebiet einrückten und es wirtschaftlich von Deutschland absperrten, wodurch sie der deutschen Wirtschaft gewissermaßen die Pulsader abschnitten. Die Folgen der Ruhrbesetzung sind allbekannt und je länger diese Besetzung anhält, desto schlechter werden die Verhältnisse in Deutschland. Darüber kann gar kein Zweifel bestehen. Angesichts dieser Tatsache muß es als ein Verbrechen am deutschen Volk und oben drein als eine ungeheure Dummheit bezeichnet werden, daß die Regierung Cuno verblendet und wahnwichtig genug war, unsere Feinde ins Ruhrgebiet hereinzulassen, anstatt alle möglichen Mittel anzuwenden, um sie von dieser unserer Kraft- und Lebensquelle fernzuhalten. Wenn es hierzu an militärischen gewaltsamen Mitteln fehlte, so wäre nichts anderes übrig geblieben, als alle noch vorhandenen Kräfte anzuspannen, um den übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, so hart und peinlich dies auch für uns sein mochte. Dies ist leider nicht geschehen und das deutsche Volk muß die Zeche bezahlen.

Die Cuno-Regierung hat ein Sabotage- Spiel getrieben, sie hat es zum äußersten kommen lassen und aus rein gefühlsmäßigen Erwägungen heraus hat sie dem Gegner das Ruhrgebiet eingeräumt. Mit der Erfüllungspolitik, die erklärlicherweise in weiten Kreisen unseres Volkes als schmachvoll und brüden empfunden wird, sollte Schluß gemacht werden. Besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schreden ohne Ende, lautete die Losung und so wurde denn Deutschland in ein verzweifelt Abenteuer hineingetrieben, das uns zugrunde richten muß. Die Verzweiflungstat, die oben drein noch als ein staatsmännisches Meisterwerk gerühmt wurde, schlug jeder gesunden Vernunft ins Gesicht, sie beweist deutlich die Unfähigkeit der „nach Bildung und Weisheit maßgebenden Schichten“, die die Interessen ihres Volkes mit dem Allgemeinwohl verwechseln, die es verstanden haben und noch heute verstehen, die Not der Massen für sich in eine Goldgrube zu verwandeln. So kam es denn, wie es kommen mußte, die Verhältnisse im besetzten Gebiet wurden immer schlimmer und unhaltbarer, die Regierung sah untlüg zu, die Bevölkerung des Ruhrgebietes, die Unfähigkeit zu leiden halte, wurde zum Durchhalten ermahnt, der Reichskanzler Cuno reiste im Lande herum und predigte den — Kapitalisten Gemeinwohl und Opferfreudigkeit, wobei er ungefähr so viel Erfolg erzielte, als wollte man einem Löwen vorpredigen, er solle sich das Grasstreifen angewöhnen.

Offensichtlich hofften die Macher ursprünglich, das Ausland werde es nicht dulden, daß man Deutschland wirtschaftlich vernichte, weshalb es Veranlassung nehmen werde, sich einzumischen. Man rechnete auf das Gerechtigkeitsgefühl des Auslandes. Gerade Cuno, der als Leiter der Hamburg-Amerika-Linie internationale Verbindungen hatte und in ausländischen Wirtschaftskreisen Ansehen genos, erschien als der geeignete Mann, im Ausland Zuneigung zu wecken und für Deutschland nutzbar zu machen. Leider mußte man eine große Enttäuschung erleben, denn das Ausland verhielt sich teilnahmslos. Es überließ uns unserem Schicksal und machte keinen Versuch, zu unseren Gunsten einzugreifen. Die Gründe hierfür sind folgende: Es herrscht im Ausland die Meinung, das deutsche Volk könne wohl keinen eingegangenen Verpflichtungen nachkommen, wenn es wolle, es sei also als böswilliger Schuldner anzusehen und verdiene deshalb weder Mitleid noch Hilfe. Im Auslande besteht die Auffassung, daß Deutschland seine Schulden hätte bezahlen können, wenn die deutschen Kapitalisten: Industrielle, Agrarier und Händler ihrer Steuerpflicht ehrlich nachgekommen wären. Die verfluchte Steuerbrüderberei, die kein unparteiischer Mensch leugnen kann, hindert uns, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen und stellt uns dem Auslande gegenüber in ein schlechtes Licht. Da darf man sich denn wirklich nicht wundern, daß das Ausland gleichgültig beiseite steht.

Seit Monaten wuchs in den proletarischen Massen die Einsicht, daß die Cuno-Regierung unser Unglück sei und deshalb beseitigt werden müsse. Es wäre sicherlich leicht gewesen, sie zu stürzen, aber in den Reihen der Sozialdemokratie wurde der Standpunkt vertreten, daß man — diese unfähige und untätige Regierung abwirtschaften lassen müsse: sie müsse die Suppe auslöffeln, die sie sich eingebröckelt habe. Schließlich ging es aber nicht weiter. Cuno erkannte selbst, daß er ein toter Mann sei, er hielt einen wehmütigen Schwänzen im Reichstag und sein Kabinett verchwand. Die neue Regierung hat eine schlimme Erbschaft übernommen. Sie hat die schwere Aufgabe, in das ungeheure Chaos wenigstens halbwegs wieder Ordnung zu bringen, eine Aufgabe, die um so schwerer ist, weil die nationalistischen Schwadronen eine gemeingefährliche Sabotage betreiben. Zur Lösung dieser Aufgabe ist nicht nur eine Regelung unserer finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse erforderlich, vor allen Dingen ist die Abwendung des Ruhrgebietes notwendig. Sie ist die Vorbedingung, daß Deutschland wieder gesund und lebensfähig werden kann, denn solange die Feinde ihre Faust an unserer Gurgel haben, kann von einem Wiederaufbau Deutschlands keine Rede sein.

Die schwerwiegende Frage ist im gegebenen Augenblick die, wie wir die Franzosen und Belgier aus dem Ruhrgebiet herausbringen. Daß dies mit Waffengewalt nicht möglich ist, läßt jedem vernünftigen Menschen ohne weiteres ein. Über diese Tatsache hilft uns alles Kriegsgerüß und Säbelgerassel nicht hinweg, wir müssen uns eben mit ihr abfinden. So bleibt uns

dem nichts anderes übrig, als daß wir den Weg gegen-
seitiger Verständigung betreten. Das ist allerdings
leichter gesagt als getan. Es besteht erklärlicherweise zwischen
den beiden Parteien eine ungeheure, immer noch steigende Er-
bitterung, die eine Verständigung naturgemäß sehr erschwert.
Der gegenseitige Haß ist bereits zur Gluthitze geblieben, wozu
besonders noch dadurch viel beigetragen wird, daß man von
beiden Seiten durch Wort und Schrift und Tat immer neues
Öl ins Feuer gießt. Aus diesem Grunde erscheint gegenwärtig,
wie die Sachen nun einmal liegen, eine direkte Ver-
ständigung zwischen den Gegnern wenig Erfolg
zu versprechen, da sie sich wie zwei Kampfahnen gegen-
überstehen. Man hat vorgeschlagen, Deutschland solle ein an-
nehmbares Angebot machen und dadurch eine Verständigung
anbahnen. So einleitend dies klingt, so birgt die Verwirkli-
chung dieses Vorschlages doch die Gefahr in sich, daß die Ge-
gner dadurch in ihrem Vernichtungswillen gestärkt werden, weil
sie in dem Angebot die Waterlooerklärung Deutschlands er-
blicken. Wer die Seele zweier kämpfender Menschen oder Grup-
pen kennt — es sei nur an einen Streit erinnert —, der weiß,
daß diejenigen, die die Friedenshand dem Gegner ausstrecken,
leicht in den Verdacht geraten, als ob es mit ihrer Kraft zu
Erde sei und daß es nur noch einer kleinen Anstrengung be-
dürfe, um ihnen den Garaus zu machen. Daher muß sich
Deutschland aus taktischen Gesichtspunkten heraus davor hüten,
seinem Friedensbedürfnis allzu starken Ausdruck zu verleihen.
Auch bei der Frage, ob der passive Widerstand vor dem Eintritt
in Verhandlungen aufzugeben sei, spielen seelische Dinge eine
große Rolle. Kein Kämpfer gibt gerne freiwillig eine Waffe aus
der Hand, bevor der Kampf zu Ende ist, weil er sich andernfalls
der Billür des Gegners auf Gnade und Ungnade ausliefern
würde, wie dies bei Kriegsende auf deutscher Seite geschehen ist.
Unter allen Umständen ist also bei der Anbahnung einer Ver-
ständigung über das Ruhrgebiet größte Vorsicht am Platze. Wir
sind selbstverständlich bereit, die Hand zum Frieden zu bieten,
um den Ruhrkrieg aus der Welt zu schaffen, aber wir haben alle
Veranlassung, uns vor einer plumpen Anbiederung und einer
aufdringlichen Werbung zu hüten. Wer die gegenseitige Auf-
fassung vertritt, urteilt gefühlsmäßig, nicht verstandesmäßig.
Der richtigste Weg, um die Ruhrbesetzung zu beenden,
scheint also der zu sein, daß Deutschland offen und
ehrlich seinen Friedenswillen betont, daß
es aber auch gleichzeitig durch eine scharfe Inan-
spruchnahme der besitzenden Klassen die Mit-
tel schafft, die für die Reparationen erforderlich sind. Erst
wenn es vor dem Auslande nicht mehr als böswilliger Schuld-
ner dasteht, sondern als ein Land, das bereit und befreit ist,
seiner Verpflichtungen nachzukommen, soweit es seine Kräfte
gestatten, erst dann wird es sich in der Welt Zuneigung er-
werben, die im Völkerleben unerlässlich ist. Wir dürfen sicher
damit rechnen, daß sich das Weltgewissen regen wird, wenn die
Völker unsere Ehrlichkeit und unseren guten Willen erkennen
werden. Dafür sind alle Anzeichen vorhanden, denn die Be-
setzung des Ruhrgebietes wird immer allgemeiner als ein un-
haltbarer Zustand erkannt. Tun wir als deutsches Volk unsere
Schuldigkeit, dann wird auch das Ausland seine Schuldigkeit
tun. Hierbei hoffen wir stark auf die Macht des internationalen
Gedankens, die augenscheinlich im Wachsen begriffen ist.
Franz Langhütter.

Unsere „Friedenslöhne“

Müßlich hat der Reichsminister Stresemann in einer Rede vor
Professoren behauptet, die Bezahlung der deutschen Arbeiter läge
bislang über den Friedenslöhnen. Hierfür antwortet ihm der
Ausführer des Gewerkschaftsbundes:
Diese Behauptung muß auf irdigen Informationen beruhen
und darf nicht unwiderprochen bleiben. Entscheidend ist nicht der
Kontinentallohn, sondern die Kaufkraft des Lohnes. Vor dem Kriege
konnte sich ein Arbeiter mit einem Stundenlohn ein Pfund Quali-
tätsfleisch kaufen. Anfang dieser Woche (10. September) betrug der
Loch durchschnittdlohn 10 bis 12 Millionen Mark. Ein Pfund
Fleisch kostete zur gleichen Zeit 11 Millionen. Der Arbeiter mußte also
für die gleiche Menge Fleisch 8 Stunden arbeiten, während
er es früher mit dem Lohn einer Stunde kaufen konnte.
Entscheidend liegen die Verhältnisse ja, daß die fortschreitende In-
flation die mehr und mehr parallel laufende Erziehung der
Preise die vereinbarten Löhne ständig überholen, da die Ar-
beiter ihre Einkünfte nicht zur Zeit der Vereinbarung, sondern erst
prägen eine Woche später machen können. Maßgebend kann aber
nur die Kaufkraft des Lohnes in der Verbrauchsmenge sein.
Ein paar Beispiele: Ein Metallarbeiter verdient in der Woche
vom 30. Juli bis 5. August 38000 M. Stundenlohn. Am 6. August
kostete ein Pfund Schmalz 23000 M. Er mußte also über vier
Stunden arbeiten, um es kaufen zu können. Im Frieden kostete
es 20 M. Er erhielt damals 19 1/2 Stundenlohn. In einem Monat also
eine Stunde mehr als genug, damit er es kaufen konnte.
Am 3. September kostete ein Pfund Schmalz 240000 M. Der Stunden-
lohn des Metallarbeiters betrug in der Woche vom 27. August bis
1. September 89000 M. Er mußte also nahezu 3 Stunden arbeiten,
um es kaufen zu können.
Bezüglich man der Stundenlohn des Metallarbeiters in der
letzten Verbrauchsmenge mit der Kaufkraft der Verbrauchsmenge. Die
1000 M. Lohn, so ergibt sich, in Sachverhalt ungenügend, ein Stunden-
lohn von 0,445 Schmalz gegenüber einem Stundenlohn im Frieden
von 0,70 bis 0,80 M. Dabei ist zu beachten, daß die Kaufkraft der
Werte bedingungslos. Der Lohn ist also trotz der niedrigen Werte auf
die Hälfte des Friedenswertes gesunken. Werden
jetzt die Preise von Monat zu Monat erhöht, so vergrößert sich die
Lage ungünstiger der Lebenshaltung der Arbeiter.
In den letzten Wochen hat sich das Verhältnis von Metallarbeit-
preis und Lohn eher verschlechtert, da die Werkstoffpreise mit An-
nahme der letzten Tage nachgehende Anstiege zeigen. In anderen
Bereichen ist die Lage der Arbeiter gleich trübselig.
Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund muß daher entschiedene
Bemerkung einlegen gegen die angeführte Behauptung, die nur den
Unternehmern Anlaß bieten kann, unter Berufung auf die Kupferung
des Reichsministers die Löhne zu senken.

Um die Einheit der französischen Metallarbeiterorganisation

Bestimmend ist die Metallarbeiterorganisation Frankreichs in
zwei Richtungen gespalten, wovon der eine der Kampfahnen, der andere
der Verhandlungsmann ist. Diejenigen von der gewerkschaftlichen
Frontseite, welche die Einheit der Organisation betonen, sind die
Kämpfer des Verbandes, der seit langem von dem schmerzlichen Gefühl
gequält ist, daß er sich nicht als ein einheitliches Ganzes darstellt,
sondern als ein Haufen einzelner Gruppen, die sich nicht
untereinander verständigen können. Es ist somit begründet,
daß haben wir immer in Reich und Reich der Mitgliedschaft nach der
Zusammenführung zum verlangt wird. Ein abendlicher Ein-
gängerversuch ist die letzten Wochen von dem schmerzlichen Gefühl
unterworfen worden. Auch dieser ist zu keinem Ergebnis gekommen.
Da die Metallarbeiter aller Länder ein großes Interesse an der
Zusammenführung ihrer französischen Kameraden haben, kann hier
nicht nur die Einheit der Organisation, sondern auch die Einheit der
Kampfer und Verhandlungsmänner sein.

gestellt. Dant Beschluß des französischen Gewerkschaftsbundes darf in
jeder Industrie nur ein Zentralverband bestehen. Folglich kann sich
der diesem Bunde angehörige (Amsterdamer) Metallarbeiterverband
nicht mit einem andern irgendwie vereinigen, sondern muß darauf
bringen, daß der andere sich mit ihm verschmilzt, um eben nur einen
Verband in der Metallindustrie zu haben. Es müßte sonach der
Amsterdamer Verband ganz in dem Amsterdamer aufgehen, soll es eine
wirkliche Einigung geben. Dazu ist jedoch der erstere unter keinen
Umständen geneigt, sondern will unter allen Umständen selbständig
und bei der Amsterdamer Internationale bleiben. An diesem Hindernis
ist bislang die Sache der Einigung gescheitert.

Der neueste Einigungsversuch des kommunistischen Verbandes
wurde von dessen jüngsten Kongreß veranlaßt oder richtiger, von
dessen Drang, in den Internationalen Metallarbeiter-
bund einzutreten. Nach der Zugehörigkeit zu diesem Bunde
streben in jüngster Zeit verschiedene kommunistische Verbände. Die
eigenlichen Gründe dieses Strebens sollen uns heute hier nicht be-
schäftigen. Genug, daß das Verlangen ausgedrückt wird. Es trifft
nun aber bei der Eisen Internationalen das gleiche zu wie beim
französischen Gewerkschaftsbund; auch ihr kann laut Satzung aus
einem Lande und einer Industrie nur ein Zentralverband angehören.
Um dieses Hemmnis zu beseitigen, schlägt der Kongreß des kom-
munistischen Metallarbeiterverbandes Frankreichs dem Amsterdamer
Verband vor, „eine Zusammenkunft von zwei von dem selben Ver-
bänden ernannten Abordnungen, die gemeinsam die praktischen Mittel
zur Errichtung eines Metallarbeiterverbandes zu studieren und zu be-
stimmen haben, der dann ohne Schwierigkeit der Berner Metall-
arbeiter-Internationalen beitreten kann.“ Die Meinung dieses Kongreß-
beschlusses wird in einem Begleitschreiben noch etwas erläutert, be-
sonders die Schaffung von „ländigen gemischten Aktionsausschüssen“
hervorgehoben.

Mit diesen Aktionsausschüssen glaubt der kommunistische Verband
dem heutigen Bedürfnis Genüge zu tun. Dem vorläufig bloß für die
Zentralleitungen gedachten gemeinsamen Ausschuss sollen dann
welche für jeden Ort folgen. Kurz, es sollen auf der ganzen Linie
solche Verbindungen zwischen den beiden Verbänden geschaffen, so die
propagandistische Einheit hergestellt werden, womit man glaubt, das
Verlangen des internationalen Propagandaausschusses der revo-
lutionären Metallarbeiter, „unverzüglich der Metallarbeiter-Internatio-
nale beizutreten“, erfüllen zu können. In einem Schreiben, das in der
neuesten Nummer des Blattes des Amsterdamer Verbandes, L'Union
des Métaux, abgedruckt ist, antwortet dessen Vorstand auf den kom-
munistischen Vorschlag. Da die Antwort fast eine ganze Spalte füllt,
kann es hier nur auszugsweise wiedergegeben werden. Es heißt darin:

„Genie, angeführt der Ohmacht, die ihr verursacht hat, schlägt
ihre uns vor, gemeinsam nach Mitteln zu suchen, die Einheit der Or-
ganisation wiederherzustellen. Wir begrüßen herzlich eure Absicht.
In diesem Punkte war unser Sinn immer der gleiche: die gewerkschaftliche
Einigkeit muß wieder hergestellt werden... Eine einzige
Gruppe für eine Industrie und einem Ort, ein einziger Natio-
nalverband für die ganze Industrie des Landes sind für uns
die obersten und Grundbedingungen einer ohne Hintergedanken ge-
schaffenen Einheit.
Wir bestreiten nicht ohne Bedauern die Einschränkung, die ihr
für Wiederherstellung der Einheit macht, indem ihr aufs neue nach
der Einheitstrait auf, die vom gewerkschaftlichen Standpunkt ein
System der Willkür und gleichzeitig die Verewigung der Spaltung
und die Behauptung eines belagerten Zustandes ist. Die Bil-
dung von gemeinsamen Aktionsausschüssen, wie ihr es beantragt,
stellt in Wirklichkeit nichts anderes dar als die Einheitstrait, aller-
dings in einer etwas anderen Form, als sie bis heute bekannt war.
Wir sehen keine andere Möglichkeit der Zusammenarbeit als die
Bereinigung aller Arbeiter in einer einzigen
Organisation...
Wenn ihr, entgegen unserer Erwartung, diese Möglichkeit der
Verständigung verwerft, so erklären wir, daß wir nichtdestoweniger
der von uns angenommenen Richtlinie treu bleiben werden. Das
heißt, wie auch immer unser Verband von euren Gruppen un-
berechtigterweise angegriffen werden mag, wir werden uns jedes
Berechtigtes vorbehalten, weil der nur die Möglichkeiten noch weiter
verzögern kann, die Einheit herzustellen und so dem Unternehmern-
tum Feinde zu bereiten.“

Wenn ihr mit diesen Grundbedingungen einverstanden seid, dann sind
wir geneigt, eine Kommission zu bestimmen, die sich mit der von
euch ernannten zusammensuchen kann mit dem ausschließlichen Auf-
trag, die Art und Weise der Wiedererrichtung eines einzigen Ver-
bandes und einer einzigen Gruppe in einem Ort zu bestimmen.“

Aus der Antwort des Vorstandes des Amsterdamer Verbandes
geht die Meinungsverschiedenheit darüber, wie die Einheit beizubringen
sein soll und zu erlangen ist, klar hervor. Er will eine Verschmelzung
von oben bis unten. Er sieht nur in einem solchen Zusammengehen
die Möglichkeit einer wirklichen, dauerhaften Einheit, während der
Amsterdamer Verband nur gemeinsame Aktionsausschüsse wünscht, durch
welche Verbindung er die Vorbedingung für den Beitritt in den Inter-
nationalen Metallarbeiterbund erfüllt glaubt. Aber vielleicht ist auch
der Amsterdamer Verband von dem ehelichen Wunsch nach völliger Ein-
heit durchdrungen. Wenn dies der Fall sein sollte, dann sind nach der
Meinung des Vorstandes des Amsterdamer Verbandes die Aktions-
ausschüsse ein Unweg, nur ein Verfahren zur neuen Verschmelzung der
sich nie und da bewilligenden Trennungslinien. Er meint, wer die
Wiedererrichtung ohne jeden Hintergedanken will, müßte den ge-
radeher, einseitigen Weg wählen, der zur völligen und unmittelbaren Ein-
heit führt. Was der Amsterdamer Verband darauf zu erwidern hat, werden
die nächsten Wochen zeigen.

Seitwärtiges Düngegeifer

Der Marxismus hat es allen Möglichkeiten der kapitalistischen Ge-
sellschaftsordnung angetan. Jeder „letzte“ Schwärmer, sofern er
auch den großen nationalen Patriotismus besitzt, schreibt Marx mindestens
dasselbe Kapitel. In der „Deutschen Zeitung“ behandelt ein Ober-
bürgerlicher Herr — einer der Herrschaft anstehenden Finanzhulden —
über die Sozialdemokratie als Vertreterin der marxistischen Lehre und
über die Einflüsse auf die allgemeine Wirtschaftslage. Die nicht anders
zu erwarten, wird geistvoll und nicht rechts verwehrt. Alle Ver-
suchen und Schandthaten, die diese korrupte, kriegerische Gesellschaft
über das deutsche Volk gebracht hat, wird kurzgehandelt den verhassten
Marxisten zugeschrieben. Dabei kommt er zu folgender Selbsttäuschung:

„So haben wir heute also vor dem verflochten und trübseligen
geringen Kontrast des Marxismus. Wäre ein Rest von Würde in
dieser Sache, so würden die, die dessen Schuldig sind, heute vor
deutsche Volk treten und resümiert bekennen: Wir haben euch
als Experimentiermaterial benutzt und haben euch zum Opfer ge-
bracht einem unheimlichen Krieger, der internationalen
Wahnsinn, aus einer wirtschaftspolitischen Herrschaft
dem Marxismus. Denn ihr und werden könnt, dann
ist es. Von uns ist niemand wieder etwas hören.“ Dann würde
manches im Verstand dieser Gesellschaft etwas von Seelen-
ruhe kommen. Und etwas Respekt. Denn manliches Ein-
gepaßes begangener Irrtümer muß sein verstanden.“

Ein Kommentar ist überflüssig. Selbst heißt, daß der Marxismus
nicht bestreitet, ist, demselben niemand nötig hat, ein Wechseln
angehen. Wenn wir als Marxisten diese schreiben, dann darüber,
daß in den Novembertagen 1918 der marxistische Geist nicht voll-
ständig zum Siege kam. Die Arbeiterklasse wird aber alles daran setzen,
um den Marxismus zum endgültigen Siege zu führen.

Die 14-tägige Arbeitswoche. Der amerikanische Bundesrat
verlangt daß durch einen langen Kampf die 14-tägige Arbeitswoche
nur für die fünf Mitglieder erzwungen. In dem Streit waren
11000 Mann beteiligt. Er kostete 15 Millionen Dollar, die von den
70000 arbeitenden Kollegen abgezogen wurden. In einer sehr
großen Anzahl in Philadelphia, an das Personal über die organi-
siert war, konnte nur die 14-tägige Woche erreicht werden, doch muß
für die eine Stunde mehr ein Zuschlag von 7 Dollar gezahlt.

Eingegangene Schriften

Betriebsräte-Zeitschrift für die Funktionäre der Metallindustrie
Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes
Schriftleitung: Rob. Dymann. — Die mit größtem Erfolg in der
Metallindustrie eingeführte Zeitschrift ist ein unentbehrlicher Beleg
für unsere Funktionäre geworden. Durch die Ungunst der Verhältnisse
mußte ebenfalls ihr Preis heraufgesetzt werden, doch hält sich die
Preissteigerung in durchaus mäßigen Grenzen. Der Preis von 15000 M.
pro Exemplar ist, gemessen an den übrigen Druckerzeugnissen, gerin-
ger zu nennen. Die Betriebsräte-Zeitschrift ist nahezu noch das einzige
Organ, welches noch eine Möglichkeit für Orientierung und Bildung
bietet. Es haben daher alle Funktionäre die Pflicht, für die weitere
Verbreitung der Betriebsräte-Zeitschrift zu sorgen. Ihr Leserkreis kann
sich nicht nur auf Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre be-
schränken, sondern kann alle wissenschaftlichen Metallarbeiter umfassen.
Bayrisch-Deutsch oder Bayrisch-Französisch? Ein Sittenbild natio-
nalkativer Verwerfung. Der Hochverratsprozess gegen Fuchs und
Genossen vor dem Münchener Volksgericht im Juni 1923. Das
Protokoll der Verhandlungen vor dem Gericht gegen die monarchistischen
Verschwörer, die mit Gewalt das Reich zertrümmern und mit franzö-
sischem Geld und mit französischem Militär Bayern wieder zur
Monarchie machen wollten. Druck und Verlag von G. Vitz & Co.
München.

Die Metallhandelsgesetz. Gesetz über den Verkehr mit unedlen
Metallen und Gesetz über den Verkehr mit Edelmetallen, Edelsteinen
und Perlen. Für die Praxis erläutert von Dr. Heinrich Friedrichs,
Rechtsanwalt in Berlin, und Dr. Christoph Knipper, Spandauer
Handelskammer in Berlin. Grundpreis 5 M. mal Buchhandelszuschlag
1923. Industrieverlag Spaeth & Linde, Fachbuchhandlung für Steuer-
literatur, Berlin C 2.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag den 30. Sept. ist der 40. Wochenbetrag
für die Zeit vom 30. Sept. bis 6. Okt. 1923 fällig.

Nach § 5 des Verbandsstatuts ist jedes Mitglied zur pünktlichen
Zahlung der Beiträge verpflichtet. Beitragsmarken werden von den
Verwaltungen nur im Wert des Beitrags für die fällige Woche aus-
gegeben. Rückständige Beiträge müssen in Höhe der zur Zeit
der Zahlung geltenden Beiträge nachbezahlt werden.

Beitrittsgeld, Beitrag für Invaliden und niederster Beitrag für Lehrlinge

Vom 1. Oktober 1923 an bis auf weiteres beträgt das
Beitrittsgeld
für Personen über 18 Jahre ohne Unter-
schied des Geschlechts 1000 000 M.
für Personen unter 18 Jahren ohne Unter-
schied des Geschlechts 500 000 M.
für Lehrlinge ohne Unterschied des Alters 20 000 M.
der Beitrag für Invaliden 2 000 M.
der niederste Beitrag für Lehrlinge 5 000 M.
Die Einweisung der Invaliden in andere Beitragsklassen ist
unzulässig.
Der angegebene Beitragssatz von 5000 M. für Lehrlinge ist
lediglich als niederster Satz zu betrachten. Die Lehrlinge müssen
nach ihrem durchschnittlichen Stundenverdienst eingestuft werden.

Vom 29. Sept. an kostet ein Ertragbuch 7 000 000 M.

Am 29. September zur Post gegebenen Bestellungen ist dieses
erhöhte Betrag beizufügen.
Bei Bestellung von Ertragbüchern sind die üblichen Bestellformulare
zu benutzen. Der Beitrag ist in Reichsmarkenscheinen beizufügen.
Briefmarken und fiktive Geldscheine werden nicht in
Zahlung genommen, sondern auf Kosten des Einleenders zurück-
gehandelt. — Alle Ertragbücher müssen bezahlt werden.

Die Erhebung eines einmaligen Ertragsbeitrags wird nach
§ 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der an-
gegebenen Höhe genehmigt:

Freiburg i. S.	500 000 M.
*Nowawes (männliche Mitglieder über 18 Jahre)	500 000 M.
(Weibliche Mitglieder)	250 000 M.
Schlau	750 000 M.
Erzgebirgen	400 000 M.

* Berücksichtigung aus der Nr. 38 der Metallarbeiter-Zeitung.
Die Nichtbezahlung dieser Ertragsbeiträge hat Entziehung kata-
strarischer Rechte zur Folge. — Für die Lehrlings- und Invalidenklasse
dürfen diese Ertragsbeiträge nicht erhoben werden.

Aufforderung zur Nachfertigung:
Das nachgenannte Mitglied nach § 23 Abs. 3 des Statuts
ausgeschlossen. Ich gegen erhabene Beschuldigungen zu rechtfertigen.
Verwaltungsstellen, denen Adressen der Aufgeforderten bekannt sind,
wollen diese an den Vorstand senden.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Sibirien:
Der Arbeiter Hugo Dargel, geb. am 6. August 1893 zu Sibirien,
Mitgliedsbuch Nr. 3,129788, wegen Unterschlagung.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Dresden:
Der Metallarbeiter Franz Sabler, geb. am 37. November 1901
zu Janschnitz, Mitgliedsbuch Nr. 4,940149, wegen Unter-
schlagung von Beitragsmarken und Mitgliedsbüchern.

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Bremerhaven:
Der Elektriker Otto Heise, geb. am 14. Dezember 1888 zu
Boisdam, Mitgliedsbuch Nr. 5,208801, wegen Schädigung der
Verbandsinteressen.
Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! Suzug ist fernzuführen:

von Gold- und Silberarbeitern nach München D.;
von Feigungsmeistern und Möhrigern nach Gießen;
Lobdringen St.;
von Klempnern nach Erfurt D.;
von Klempnern (Spengler, Glanzner) nach Zürich S.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Gummich (Hess-
geserei und Maschinenfabrik) Kassel D.; nach Erlangen
(Metallwarenfabrik) Meßa vorm. Gebr. Geigert) St.; nach
Stoll i. Sommer St.
S. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in St. G.
St. = Streit; R. = Abrechnung; M. = Mitglieder; A. = Ausweisung.
Anzeigensuche Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der be-
treffende Ort nicht in der Zeitung erscheint, die Einweisung bei dem
zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, dem
Verband einzufügen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das
Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben
zu lassen.
Druck und Verlag von Alexander Schilder & Co.,
Stuttgart, Albrechtstraße 16b.